



Unionsversandverfahren/gemeinsames Versandverfahren Verpflichtungserklärung des Bürgen Gesamtsicherheit

I. Sicherheitserklärung des Bürgen

1. Der (die) Unterzeichnete¹

 mit Wohnsitz (Sitz) in²

leistet hiermit bei der Stelle der Sicherheitsleistung: **Oberzolldirektion, Abteilung Finanzen, 3003 Bern**

bis zum Höchstbetrag von CHF, in Buchstaben

der 100 % / 50 % / 30 %³ des Referenzbetrags entspricht,

selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber der Europäischen Union (bestehend aus dem Königreich Belgien, der Republik Bulgarien, der Tschechischen Republik, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Republik Kroatien, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, dem Grossherzogtum Luxemburg, Ungarn, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumänien, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik, der Republik Finnland, dem Königreich Schweden, dem Vereinigten Königreich Grossbritannien und Nordirland) sowie gegenüber der Republik Island, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, dem Königreich Norwegen, der Republik Serbien, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Türkei, dem Fürstentum Andorra und der Republik San Marino⁴

für alle Beträge, die der Inhaber des Verfahrens⁵.....

den genannten Ländern an Zöllen und anderen Abgaben für die in das Unionsversandverfahren/gemeinsame Versandverfahren überführten Waren - mit Ausnahme von Geldstrafen oder Bussgeldern - schuldet oder schulden wird, und zwar sowohl bezüglich der Haupt- und Nebenverbindlichkeiten als auch der Kosten und der Zuschläge.

2. Der (die) Unterzeichnete verpflichtet sich, innerhalb einer Frist von dreissig Tagen nach der ersten schriftlichen Aufforderung durch die zuständigen Behörden der in Absatz 1 genannten Länder die geforderten Beträge bis zu dem angeführten Höchstbetrag ohne Aufschub zu zahlen, sofern er (sie) oder ein anderer Beteiligter vor Ablauf dieser Frist nicht den zuständigen Behörden gegenüber nachgewiesen hat, dass das betreffende Verfahren ordnungsgemäss beendet wurde.

Die zuständigen Behörden können aus für stichhaltig erachteten Gründen auf Antrag des (der) Beteiligten die Frist von dreissig Tagen nach der schriftlichen Aufforderung, innerhalb welcher der (die) Unterzeichnete die geforderten Beträge zu zahlen hat, verlängern. Die sich aus der Gewährung dieser zusätzlichen Frist ergebenden Kosten, insbesondere die Zinsen, sind so zu berechnen, dass sie dem Betrag entsprechen, der hierfür auf dem jeweiligen einzelstaatlichen Geld- und Kapitalmarkt gefordert wird.

Dieser Höchstbetrag kann um die Beträge, die aufgrund der Verpflichtungserklärung bereits bezahlt worden sind, nur dann vermindert werden, wenn der (die) Unterzeichnete zur Erfüllung einer Schuld aufgefordert wird, die im Rahmen eines Unionsversandverfahrens oder gemeinsamen Versandverfahrens entstanden ist, das vor Eingang der vorhergehenden Zahlungsaufforderung oder innerhalb von dreissig Tagen danach begonnen hat.

3. Diese Verpflichtungserklärung ist vom Tag ihrer Annahme durch die Stelle der Sicherheitsleistung an verbindlich. Der (die) Unterzeichnete haftet weiter für die Erfüllung der Schuld, die im Verlauf des Zollvorgangs im Rahmen dieser Verpflichtung entstanden ist, wenn diese Verfahren vor dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens einer Kündigung begonnen haben; dies gilt auch dann, wenn die Zahlung später gefordert wird.

¹ Name und Vorname oder Firmenbezeichnung

² Vollständige Anschrift

³ Nichtzutreffendes streichen

⁴ Der Name der Vertragspartei(en) oder der Staaten (Andorra und San Marino), deren Gebiet nicht berührt wird, ist zu streichen. Bezugnahmen auf das Fürstentum Andorra oder die Republik San Marino gelten nur für Beförderungen im Unionsversandverfahren.

⁵ Name und Vorname oder Firmenbezeichnung und vollständige Anschrift Inhaber des (der) Verfahrensinhabers (Verfahrensinhaberin).

4. Für diese Verpflichtungserklärung begründet der (die) Unterzeichnete ein Wahlmizil⁶ in allen in Absatz 1 genannten Ländern:

| Land | Name und Vorname oder Firma und vollständige Anschrift |
|---------------------|--|
| Belgien | |
| Bulgarien | |
| Tschechische Rep. | |
| Dänemark | |
| Deutschland | |
| Estland | |
| Griechenland | |
| Spanien | |
| Frankreich | |
| Irland | |
| Italien | |
| Zypern | |
| Lettland | |
| Litauen | |
| Luxemburg | |
| Ungarn | |
| Malta | |
| Niederlande | |
| Österreich | |
| Polen | |
| Portugal | |
| Rumänien | |
| Slowenien | |
| Slowakei | |
| Finnland | |
| Schweden | |
| Grossbritannien | |
| Kroatien | |
| Island | |
| Norwegen | |
| Serbien | |
| Mazedonien | |
| Türkei | |
| Fürstentum Andorra | |
| Republik San Marino | |

Der (die) Unterzeichnete erkennt an, dass alle Förmlichkeiten oder Verfahrensmassnahmen, die diese Verpflichtungserklärung betreffen und an einem der Wahlmizile schriftlich vorgenommen werden, insbesondere Postsendungen und Zustellungen, für ihn (sie) verbindlich sind.

Der (die) Unterzeichnete erkennt als Gerichtsstand den Ort der Gerichte der Wahlmizile an.

Der (die) Unterzeichnete verpflichtet sich, die Wahlmizile beizubehalten oder eines oder mehrere dieser Wahlmizile nur nach vorheriger Unterrichtung der Stelle der Sicherheitsleistung zu ändern.

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift

II. Annahme durch die Stelle der Sicherheitsleistung

Stelle der Sicherheitsleistung
Verpflichtungserklärung des Bürgen angenommen am

Oberzolldirektion, Abteilung Finanzen, 3003 Bern

⁶ Sehen die Rechtsvorschriften eines dieser Länder ein Wahlmizil nicht vor, so hat der Bürge in diesem Land einen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen; die in Absatz 4 Unterabsätze 2 und 4 vorgesehenen Verpflichtungen sind entsprechend zu vereinbaren. Für Rechtsstreitigkeiten aus dieser Bürgschaft sind die Gerichte am Wohnsitz des Bürgen sowie am Wohnsitz der Zustellungsbevollmächtigten zuständig.